



Presseschau vom 05.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

de.sputniknews.com: Deraa: Geflüchtete Kämpfer lassen hunderte Waffen und tonnenweise Munition zurück.

Kämpfer der illegalen Milizen haben vor ihrer Flucht aus der syrischen Provinz Deraa hunderte Waffen und mehrere Tonnen Munition hinterlassen. Dies teilte der syrische General Izar Ismail mit.

Laut Ismail sind die Terrorkämpfer bereits vor einigen Tagen aus diesem Gebiet geflüchtet. Die hinterlassenen Waffen und Militärtechnik seien in die 30 Kilometer von der Provinzhauptstadt entfernte Stadt Izra gebracht worden.

„Die Terroristen sind einfach geflüchtet und haben sie (die Waffen — Anm. d. Red.) zurückgelassen (...) Jordanien liegt ganz in der Nähe. Es ist nicht sicher, aber durchaus möglich, dass die Terroristen Waffen über diese Grenze schmuggelten“, sagte er.

Drei Panzer vom Typ T-62, mehrere Schützenpanzer, Pionier- und Bautechnik sowie zwei Flugabwehrpanzer seien von den Kämpfern zurückgelassen worden. Dazu würden auch rund 40 Panzerabwehrwaffen, Sturmgewehre sowie schwere Maschinengewehre, reaktive Panzerbüchsen, mehr als tausend Minenwerfer-Geschosse und etwa 1300 Munitionskisten kommen. Unter den Waffen gebe es auch welche aus französischer oder kanadischer Produktion.

Zudem seien viele in den USA hergestellte Verbandskästen und Lebensmittelpakete sowie Ausrüstung und Minensucher, die unter anderem in Australien, Deutschland und Italien

erzeugt worden seien, hinterlassen worden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31677/22/316772289.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden das Gebiet von **Losowoje und Panjkowka**. Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen Maschinengewehren.

de.sputniknews.com: Syrische Armee zeigt Terror-Arsenal: Nicht ohne US-Waffen. Syrische Regierungstruppen haben bei den Kämpfen in der Provinz Daraa zahlreiche Waffen, Kriegsgeräte sowie Munition der Terroristen erbeutet. Worum es sich dabei tatsächlich handelt, zeigt das neueste Video der Nachrichtenagentur Sana.

Wie Syriens staatliche Nachrichtenagentur Sana berichtet, wurden unter dem Kriegswerkzeug auch US-Panzerabwehrsysteme TOW entdeckt, die von den Kämpfern aktiv eingesetzt werden.

Die Reichweite der TOW-Panzerabwehrwaffe liegt zwischen 15 und 3750 Metern. Dabei kann der Flugkörper mit einem 22 Kilogramm schweren Sprengkopf sogar Reaktivpanzerung von bis zu 900 Millimeter durchschlagen.

Mit Hilfe der russischen Militärberater konnten die syrischen Soldaten laut dem Portal Rg.ru eine neue Taktik gegen die TOW-Attacken der Terroristen entwickeln. So wurde zum Beispiel die Position der Panzer, die abwechselnd auf Kämpfer feuerten, nach jedem Abschuss geändert. Außerdem wurde den Syrern beigebracht, wie die Besonderheiten der Landschaft oder Ingenieurbauten zu eigenen Gunsten genutzt werden können.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/mw8mHWu1n3s" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/mw8mHWu1n3s>

de.sputniknews.com: Rada-Abgeordneter: Ukrainische Energiewirtschaft in kritischem Zustand.

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Vitali Kupri hat auf dem TV-Sender „112 Ukraina“ mitgeteilt, dass die Energiewirtschaft in der Ukraine in einen kritischen Zustand gebracht wurde.

„Sie haben (die Industrie – Anm. d. Red.) in eine absurde kritische Situation gebracht und nun sollen wir beim Internationalen Währungsfonds um einen Kredit ansuchen. Hier haben sie alles zerstört und jetzt gehen sie mit ausgestreckter Hand zum Westen“, äußerte er.

Dabei verfügt das Land nach Meinung von Kupri über innere Reserven, die bei der Regelung der Situation hilfreich sein können.

„Wenn wir einige negative Tendenzen stoppen, ist im Rahmen der bestehenden Finanzierung eine Unterstützung der Entwicklung der Industrie möglich“, bemerkte er.

Der Deputierte fügte hinzu, dass der heutige ukrainische Energieminister, Igor Nasalik, nicht in der Lage sei, den Energiesektor der Ukraine aus der Krise zu führen.

„Der Minister kann nicht mit einem normalen Programm zu den Leuten gehen, er kann den Bergarbeitern nicht erklären, was vor sich geht und wo wir uns hinbewegen... Herr Nasalik ist nicht fähig, weder heute noch in Zukunft, diesen Bereich aus der Krise zu führen“, schloss er.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 04. Juli 3:00 Uhr bis 05. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wasiljewka, Abakumowo, Petrowskoje, Dokutschajewsk, Oktjabrj, Leninskoje, Kominternowo.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 65. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 168.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Peking: „USA eröffnen weltweit das Feuer“.

Die erhöhten US-Zölle werden die globalen Produktionsketten und am Ende die USA selbst beeinträchtigen. Diese Auffassung äußerte der Sprecher des chinesischen Handelsministeriums Gao Feng bei einem Briefing am Donnerstag.

„Die Handlungen der USA versetzen globalen Produktionsketten einen Schlag“, sagte er.

„Die USA eröffnen das Feuer gegen die ganze Welt - aber auch gegen sich selbst“.

Sollten die Vereinigten Staaten die Einfuhrzölle verhängen, würde das in der Tat chinesische Unternehmen sowie Unternehmen anderer Länder betreffen - unter anderem Firmen mit einem US-amerikanischen Anteil.

Am 15. Juni hatten die USA 25-prozentige Einfuhrzölle für Importe aus China im Umfang von 50 Milliarden US-Dollar verhängt, die ab dem 6. Juli erhoben werden sollen.

Als Reaktion kündigte China ebenfalls 25-Prozent-Zölle für 659 Waren aus den USA im Gesamtwert von 50 Milliarden US-Dollar an. Ab dem 6. Juli sollen Importzölle für 545 Waren mit einem Gesamtwert von 34 Milliarden US-Dollar gelten. Die Frist der Abgaben für den Rest der Waren soll später bekannt gegeben werden.

de.sputniknews.com: US-Senator droht Russland mit „drakonischen Maßnahmen“.

Die Vereinigten Staaten könnten „drakonische Maßnahmen“ gegen Russland ergreifen, falls bei der Kongress-Wahl „russische Einmischung“ festgestellt werden sollte. Dies sagte US-Senator John Neely Kennedy im Gespräch mit der Zeitung „Kommersant“.

„Die russischen Behörden sagen, dass die Sanktionen Russland nicht geschadet haben, aber das stimmt nicht. Und ich hoffe sehr, dass wir nicht drakonische Maßnahmen gegen Russland

einführen müssen. Aber wenn wir im November eine Einmischung sehen sollten, wird es keinen anderen Ausweg geben“, sagte Kennedy gegenüber „Kommersant“ bei seinem Besuch in Moskau.

Die Reaktion der USA werde von den Handlungen Russlands abhängen und im Falle einer Einmischung blitzschnell und sehr hart sein. Gleichzeitig würden Kennedy und seine Kollegen aber die Beziehungen zu Russland wieder gut aufbauen wollen. Dafür solle jedoch Moskau „sein Benehmen“ ändern.

Am 3. Juli hatte sich eine Delegation von US-Parlamentariern mit einer Gruppe von Abgeordneten der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus) getroffen. Kennedy bezeichnete die Diskussion, die im Rahmen dieses Treffens stattfand, als „aufrichtig“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31849/77/318497731.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters der Streitkräfte der DVR über die Lage am 5. Juli 2018:

Im Vergleich zum vorangegangenen Tag hat die Intensität des Beschusses abgenommen, die Lage an der Kontaktlinie bleibt durch unsere Truppen kontrollierbar.

In **Richtung Gorlowka** wurde die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** von den ukrainischen Kämpfern von den Positionen der 24. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers W. Guds aus beschossen. Dabei hat der Gegner Granatwerfer verschiedener Art und großkalibrige Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Donezk** haben die ukrainischen Terroristen von den Positionen der 93. Brigade aus auf Befehl des Kriegsverbrechers W. Klotschkow zielgerichtet **Dokutschajewsk, Wasiljewka** und **Petrowskoje** im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk beschossen, es wurde mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, geschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Besatzer der 36. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers A. Gnatow die Ortschaften **Oktjabrj, Kominternowo** und **Leninskoje** beschossen und zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert, außerdem wurde mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und verschiedener Art und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, geschossen. Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **acht Fälle von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Um die Fälle der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zum Abzug von schweren Waffen durch die ukrainischen Streitkräfte zu verheimlichen, hat der Gegner seit dem 1. Juli die **Maßnahmen gegen die Luftaufklärung der OSZE-Mission** im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade im Gebiet von Jelisawetowka verstärkt. Insbesondere konzentriert

das Kommando der Brigade in diesem Gebiet aktiv von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen an der Kontaktlinie und bereitet sich auf deren Anwendung gegen friedliche Ortschaften der DVR vor. Es bleibt nicht aus, dass diese Verstöße die Aufmerksamkeit der internationalen Beobachter erregen, die versuchen, die Vorbereitung der ukrainischen Streitkräften auf Provokationen festzuhalten, und die ukrainischen Kämpfer ihrerseits tun alles, um zu verhindern, dass ihre Verbrechen gegen die Bevölkerung des Donbass festgehalten werden.

Wir stellen weiter eine **Desinformation der Öffentlichkeit von Seiten des Stabs der Besatzungskräfte** bezüglich der Verluste unter dem Personal der ukrainischen Streitkräfte fest. Gemäß den offiziellen Erklärungen betrogen im Zeitraum seit dem 1. Juli 2018 die Verluste der ukrainischen Gruppierungen insgesamt drei Verletzte. Aber selbst ukrainische Massenmedien, die aufgehört haben, den offiziellen Quellen des Verteidigungsministeriums der Ukraine zu trauen, haben begonnen regelmäßig realistischere Informationen zu veröffentlichen. Gemäß Publikationen starb am 3. Juli ein Soldat eines Truppenteils, der im Gebiet von Artjomowsk, Donezker Oblast, stationiert ist. Gestern ist in Odessa ein Flugzeug mit 16 verletzten Soldaten eingetroffen, und es ist nur ein Teil der Informationen, die in die Massenmedien durchsickern. So hört der Pressedienst des Stabs der Besatzungskräfte auf, eine zuverlässige und objektive Informationsquelle zu sein, und die ukrainischen Journalisten sind gezwungen Zugang zu alternativen und wahrheitsgemäßerer Ressourcen zu suchen. Die Ursache für die erzwungenen Lügen des Pressezentrum des Stabs der Besatzungskräfte ist der Versuch, Najew reinzuwaschen, der sein Scheitern und seine Niederlagen verheimlichen will.

de.sputniknews.com: Festnahme von Sputnik-Chefredakteur: IFJ spricht von Angriff auf Pressefreiheit.

In der lettischen Hauptstadt Riga ist der Chefredakteur von "Sputnik Latvija" (dt. Lettland) Valentin Roshentsovs festgenommen worden. Die Internationale Journalisten-Föderation (IFJ) hat diesen Schritt der lettischen Behörden nun scharf kritisiert.

Der Präsident der Internationalen Journalisten-Föderation, Philippe Leruth, hat die Festnahme des Chefredakteurs von "Sputnik Latvija" Valentin Roshentsovs scharf kritisiert und von einem "Angriff auf die Pressefreiheit" gesprochen.

Journalisten stünden nicht über dem Gesetz, aber die Inhaftierung eines Journalisten werfe immer die Frage auf, ob die Pressefreiheit verletzt werde oder nicht, sagte Leruth zu Sputnik. "Obwohl die Festnahme einer Person für weniger als 12 Stunden in diesem Land nicht als formelle Festnahme betrachtet wird, können wir diese Episode nicht anders als einen Versuch betrachten, den Journalisten einzuschüchtern - und somit als Angriff auf die Pressefreiheit", kommentierte der IFJ-Chef.

Zuvor war bekannt geworden, dass der Chefredakteur von "Sputnik Latvija" für rund 12 Stunden in Riga festgenommen worden war.

"Gestern wurde ich zwecks eines Gespräches, wie sie (die Polizei, Anm. d. Red.) es bezeichnet haben, festgenommen. Es wurde kein Protokoll geführt. Die Sicherheitsbeamten interessierten sich für meine Arbeit als Chefredakteur von Sputnik Lettland und die Arbeit des Portals selbst im Land. Die ganze Nacht habe ich in Kabinetts der Polizei verbracht", beschrieb Valentin Roshentsovs selbst die Festnahme.

Erst heute morgen sei er entlassen worden. Roshentsovs habe die lettische Staatsbürgerschaft und sei aus beruflichen Gründen von Moskau nach Riga gereist.

Zuvor hatte sich Lettlands nationaler Rat für elektronische Medien gegen die Verwendung von Sputnik-Materialien in den staatlichen Medien Lettlands ausgesprochen, da „die Verwendung von lettischem Steuergeldern zur Stärkung von Sputnik und zu seiner Popularisierung nicht im Interesse der lettischen Gesellschaft ist“.

Mil-Inr.ru: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR, Oberstleutnant A. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Gebiete von **Panjkowka** und **Losowoje**.

Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte Antipanzergranatwerfer und großkalibrige Schusswaffen eingesetzt.

Der Beschuss erfolgte von den Positionen der 72. und 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeure die Kriegsverbrecher Tatus und Ossiptschuk sind.

Die ukrainischen Truppen konzentrieren weiter verbotene Waffen und Militärtechnik in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie.

So wurde im Gebiet von Swetlodarsk die Ankunft von zwei 100mm-Antipanzergeschützen MT-12 „Rapira“ bemerkt. Diese Technik der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte ist offensichtlich für die Durchführung provokativen Beschusses unserer Positionen zur Nachtzeit vorgesehen.

Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, die Beobachtung der Örtlichkeiten zu aktivieren, um die verbotenen Waffen der ukrainischen Streitkräfte festzustellen und im Fall der Entdeckung ihren Abzug auf die vorgesehene Entfernung durchzusetzen.

Es sind neue Fälle von Diebstahl von militärischem Eigentum und Munition in der Zone der Operation der Besatzungskräfte bemerkt worden.

Zur Verheimlichung der Fehlbestände an militärischem Material und Munition, die während der Ablösung der Einheiten der 80. und 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bemerkt wurden, hat das Personal der 80. Brigade am 25. Juni **vorsätzlich einen Zugstützpunkt im Gebiet von Bolotenoje in Brand gesetzt**.

Für seine Hilfe bei der Verheimlichung der Fehlbestände wurde dem militärischen Kommandanten, der am Ort des Geschehens eintraf, eine Auszeichnung versprochen.

Nach wie vor sinken das moralisch-psychische Niveau und die militärische Disziplin der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte unaufhaltsam ab.

Wieder eingetroffene Soldaten der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte befassen sich mit **Plünderungen und ungesetzlicher Einnahme von Wohnraum in Walujskoje und Olchowoje**. Die Zahl der Anzeigen wegen Plünderung und Diebstahl gegen Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte, die in einer Woche bei der Bezirkspolizei eingingen, betrug mehr als 20. Eine weitere Ortschaft auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium, wo militärische Willkür herrscht, ist Solotoje-4. Es ist wichtig anzumerken, dass die Ortschaft für das ukrainische Kommando von dem Zeitpunkt an ein Problem wurde, als die Einwohner des von den ukrainischen Streitkräften besetzten Ortes sich an die Führung der LVR wandten, um Schutz zu erhalten. Die ukrainischen Nazisten waren gezwungen, Massensäuberungen unter den Einwohnern durchzuführen, und um ihren Terror zu verheimlichen, haben sie sich hinter der Lüge über die Befreiung der Ortschaft, die sich seit einigen Jahren unter ihrer Besatzung befindet, versteckt.

Trotz der farbenfrohen Videoreportagen, lautstarken Erklärungen, die von ukrainischen Massenmedien erstellt wurden und in denen von Hilfe von Seiten der Besatzer für die örtliche Bevölkerung die Rede ist, ist die reale Situation diametral entgegengesetzt. Nach Mitteilung örtlicher Einwohner hat seit Beginn der Säuberungen die Zahl der Verbrechen stark zugenommen. Die Einwohner sind gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und zu fliehen. Es geht so weit, dass den Einwohnern verboten wird, ihr Eigentum mitzunehmen, das dann von den ukrainischen Kämpfern gestohlen wird. Gegen die, die versuchen den Besatzern Widerstand zu leisten, Frauen und alte Leute nicht im Elend zu lassen, wird gewaltsam

vorgegangen, sie werden in unbekannte Richtung fortgebracht. Es ist bereits bekannt, dass zwei örtliche Einwohner verschwunden sind. Gegen Widerspenstige wird Gewalt und Folter angewandt. Außerdem verbreiten die ukrainischen Terroristen Gerüchte, dass Solotoje-4 von ihnen vernichtet wird, nach dem Vorbild von Shelobok. Das ist die Rache an den örtlichen Einwohnern, die unter die Jurisdiktion der LVR kommen wollten.

All diese Ausschreitungen gegen zivile Einwohner bestätigen, dass für den Kommandeur Najew Priorität hat, unproblematisch Territorium zu bekommen, dass von der einheimischen Bevölkerung gesäubert wurde. Um einen Untergrundkampf gegen die ukrainischen Besatzer in ihrem Hinterland zu vermeiden. Und um jegliche Unzufriedenheit von Seiten der in ihren Rechten beschnittenen Bevölkerung zu verhindern.

Ein weiteres Mal rufen wir die internationalen Rechtsschutzorganisationen, die OSZE-Mission und die UNO auf, unverzüglich Maßnahmen zur Unterbindung der rechtswidrigen Handlungen der ukrainischen Truppen zu unternehmen, die Willkür zu beenden, die in den Ortschaften, die von den ukrainischen Besatzern gegen die friedlichen Einwohner „erkämpft“ wurden, herrscht.

Außerdem **verlassen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in einzelnen Gebieten Frontpositionen**. Dies hängt mit dem **Fehlen der nötigen Lebensmittelversorgung** und dem Unwillen der Soldaten, weiter auf Seiten der Regierung, die sie verraten hat, zu kämpfen. Ein weiterer Fall der Desertion von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte geschah am 2. Juli im 1. Bataillon der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, als drei ukrainische Kämpfer die Frontpositionen im Gebiet von Troizkoje verließen.

Vom militärischen Rechtsschutzdienst werden Maßnahmen zur Suche und zur Festnahme von Flüchtigen durchgeführt.

Außerdem gibt es in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte weiter Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten unter dem Personal. Nach Mitteilungen ukrainischen Massenmedien starb gestern im Tschuguwskij-Bezirk des Oblast Charkow ein Soldat aufgrund grober Verletzung der Sicherheitsvorschriften beim Verladen von Panzertechnik auf einem Bahnsteig. Solche Fälle nicht kampfbedingter Verluste ereignen sich in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte regelmäßig. Dies hängt mit dem verantwortungslosen Verhältnis des kommandieren Personals der ukrainischen Streitkräfte zu ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Untergebenen sowie mit der Entfremdung des Offizierspersonals vom Leben und Alltag ihrer Untergebenen zusammen.

Wir unsererseits erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und die Fähigkeiten zur Erfüllung der Aufgaben zur Verteidigung und Sicherheit unserer Republik. Heute finden auf einem Übungsplatz der Volksmiliz Übungen mit Panzergrenadiereinheiten statt, bei denen verschiedene taktische Aufgaben, wie die Führung von Positionsverteidigung, Abwehr von Angriffen und der Übergang zum Gegenangriff auf den Gegner bearbeitet werden.

Ich will ein weiteres Mal erklären, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen bezüglich des „Brotwaffenstillstands“ streng einhält.

de.sputniknews.com: „Poroschenko will einen Großkrieg entfesseln“ – Timoschenko
Die Ex-Regierungschefin und Vorsitzende der Parlamentsfraktion der ukrainischen Partei „Batkivschtschina“ („Vaterland“), Julia Timoschenko, hat dem Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko vorgeworfen, geheime Gespräche mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in böser Absicht zu führen.

„Ein tiefer Verhandlungsprozess hat mit den Menschen begonnen, die angeblich die Volksrepubliken Lugansk und Donezk anführen, im Grunde genommen mit denen, die einen Teil der Ukraine okkupiert haben. Poroschenko will einen großen Krieg anzetteln. Er möchte, dass zusätzliche ukrainische Gebiete besetzt werden, dass alles brennt, der Krieg an Stärke zunimmt und die höchste Ebene erreicht“, sagte sie in einem Interview mit dem TV-Sender

„UA: Perschij“.

„Vor diesem Hintergrund möchte er (Poroschenko – Anm. d. Red.) den Kriegszustand ausrufen und keine Wahlen abhalten. Zurzeit ist das der Plan“, so Timoschenko.

Zuvor hatte Timoschenko ihren Wusch bekanntgegeben, 2019 für das Amt des ukrainischen Präsidenten zu kandidieren. Zuvor hatte sie mehrmals an Wahlrennen um den Präsidentenposten teilgenommen und war stets gescheitert.

Die anstehenden Präsidentschaftswahlen in der Ukraine sollen am 31. März 2019 stattfinden.

Dnr-online.ru: Heute, am 5. Juli, sind es **vier Jahre** seit den tragischen Ereignissen im Zusammenhang mit dem **Abzug der Einheiten der Volksmiliz des Donbass und ziviler Flüchtlinge aus Slawjansk**, einer strategisch wichtigen Ortschaft im nördlichen Teil der DVR. Seine Einschätzung der Ereignisse gab der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR, Oberstleutnant Eduard Basurin.

„Wie kann man dies einschätzen? Auf der einen Seite ist das ein Kummer, weil wir einen Teil unseres Territoriums verloren haben. Auf der anderen Seite ist es eine Freude, dass wir eine große Zahl von Leben gerettet haben. Deshalb ist es eine zwiespältige Einschätzung. Aber dank dessen konnte unsere Republik Wirklichkeit werden. Denn wenn es nicht den Abzug aus Slawjansk gegeben hätte, ist es schwer zu sagen, wie sich die Ereignisse weiter entwickelt hätten und ob wir selbst die Grenzen, die wir jetzt haben, hätten verteidigen können. Natürlich ist das ein tragisches Datum. Die Tragödie liegt darin, dass wir gezwungen waren, diese Territorium zu verlassen. Aber wir hoffen, dass wir trotz allem das gesamte Territorium des Donezker Oblast kontrollieren werden“, sagte Eduard Basurin.

Am 5. Juli 2014 waren die Einheiten der Volksmiliz des Donbass unter dem Druck der überlegenen Kräfte des Gegners gezwungen, den nördlichen Teil der DVR zu verlassen und sich zum Schutz von Donezk und der nahe gelegenen Ortschaften zu konzentrieren. Die Städte Slawjansk, Kramatorsk, Drushkowska, Konstantinowka, Dsershinsk gerieten unter die Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte. Dies waren die angespanntesten und tragischsten Ereignisse in der Geschichte der DVR.

Dnr-online.ru: Vor genau vier Jahren verließen die Einheiten der Volksmiliz des Donbass Slawjansk. Eine Einschätzung dieser unterschiedlich bewertbaren und tragischen Ereignisse des Juli 2014, die zu einem entscheidenden Moment in der Geschichte der DVR wurden, gab der Verteidigungsminister der DVR Generalleutnant Wladimir Kononow.

„Eine richtige Bewertung abzugeben ist sehr schwer. In jenem Moment hatten die Einheiten, die sich in Slawjansk befanden, bereits einen Eid abgelegt, wir waren Soldaten, auch wenn wir uns Miliz nannten. Und ein Kommando zum Abzug traf ein. Wir waren von dem, was in Donezk, Schachtjorsk, Debalzewo und anderen Städten geschah, isoliert.

Auf der einen Seite war es eine sachkundige und richtige Entscheidung, weil wir keine Informationen darüber hatten, dass wir aus Donezk Unterstützung erhalten sollten, dass ein Durchbruch des „Gürtels“ vorbereitet wurde, in dem wir uns mehr als zwei Monate befanden. Wir zogen mit minimalen Verlusten ab. Aber ich kann noch einmal wiederholen: es gab Verrat. Wir haben bestimmte Informationen, aber jetzt ist nicht die Zeit darüber zu sprechen, die Zukunft wird alles an seinen Platz stellen“, sagte er.

Nach den Worten des Ministers war der Befehl, nach Donezk abzuziehen völlig unerwartet.

„Während der drei folgenden Tage wären wir durch Raketenartillerie vernichtet worden und die Stadt wäre in eine Ruine verwandelt worden. Und die, die eingekreist waren, werden mich verstehen. Als wir nach Donezk abzogen, war es für mich ein Schock, weil die Information anders war.. Direkt nach dem Abzug erhielten wir eine Kampfaufgabe – und innerhalb von 6 Stunden wurden Ilowajsk und Mospino eingenommen, und nach vier weiteren Stunden war der erste Kampf bei Ilowajsk“, sagt Kononow.

Außerdem bereitete der Verteidigungsminister der Republik über Einzelheiten des Abzugs der

Einheiten der Miliz unter stürmischem Feuer von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und sprach über die Rolle der Kampferfahrung, die in Slawjansk erworben wurde, bei der Schaffung der Streitkräfte der DVR.

de.sputniknews.com: Poroschenko definiert per Gesetz „höchste Priorität der Ukraine“. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Donnerstag bei einem Treffen des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats ein Gesetz unterzeichnet, das die höchste Priorität der Ukraine definiert.

„Im Mittelpunkt der nationalen Interessen der Ukraine steht... die Integration in den europäischen Politik-, Wirtschafts-, Rechts- und Sicherheitsraum sowie die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie die Entwicklung gleicher und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit anderen Staaten“, heißt es in dem Gesetz.

Im Dezember 2014 hatte das ukrainische Parlament Gesetzesänderungen verabschiedet, die den Verzicht auf ihren blockfreien Status verankerten. Die im Juni 2016 angenommenen Novellen machten den Nato-Beitritt zum Ziel der ukrainischen Außenpolitik. Bis 2020 soll das Land die völlige Vereinbarkeit seiner Armee mit den Nato-Streitkräften gewährleisten. Zuvor hatte der ehemalige Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen geäußert, die Ukraine müsse für den Nato-Beitritt eine Reihe von Kriterien erfüllen und werde dafür viel Zeit brauchen. Laut Experten kann Kiew innerhalb der nächsten 20 Jahre nicht mit einer Nato-Mitgliedschaft rechnen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31895/76/318957632.jpg>

Av-zakharchenko.su: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko kommentierte gegenüber Ria Nowosti die Erklärung von Julija Timoschenko, dass der Präsident Poroschenko Verhandlungen mit den Staatsoberhäuptern des Donbass darüber führe, den Republiken die von der Ukraine besetzten Territorien zu übergeben, um den Kriegszustand auszurufen und die Wahlen zu verschieben.

„Darüber, dass Poroschenko eine Wiederaufnahme der großflächigen Kämpfe provozieren könnte, um den Kriegszustand auszurufen und die Wahlen abzusagen, habe ich auch mehrfach gesprochen.

Aber im übrigen muss man zugeben, dass Julija Timoschenko eine reiche Vorstellungskraft hat. Poroschenko und die Kiewer Regierung allgemein haben weder offen noch geheim mit uns Kontakt aufgenommen. Ein direkter Dialog zwischen uns und Kiew ist eine Angelegenheit der Zukunft, er ist unausweichlich, aber zukünftig. Und das wird ein Dialog

nicht über den Beginn, sondern über das Ende des Krieges und die zukünftigen Prinzipien der friedlichen Koexistenz sein.

Was einen Krieg in der nächsten Zukunft betrifft, um die Wahlen in der Ukraine zum Scheitern zu bringen, so ist leicht sichtbar, dass Timoschenko nichts begreift. Um ihn zu beginnen, braucht Poroschenko keine Verhandlungen mit uns. Im Gegenteil. Er erteilt einfach einen Befehl entweder zum Angriff oder zur Durchführung großer Provokationen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Ria.ru: Zu der Erklärung der Vorsitzenden der „Vaterlandspartei“ der Ukraine Julija Timoschenko über die Absicht des Präsidenten, den Kriegszustand auszurufen und Verhandlungen seinerseits mit den Staatsoberhäuptern der DVR und LVR erklärte der Vertreter der LVR in der politischen Untergruppe Rodion Mirotschnik:

„Um den Kriegszustand auszurufen muss Poroschenko keine Verhandlungen mit den Staatsoberhäuptern der Republiken führen. Er kann den Kriegszustand aufgrund seiner eigenen Entscheidung ausrufen, aber nur in dem übrigen Teil der Ukraine, den Kiew kontrolliert, mit den Republiken hat das nichts zu tun“, erklärte Mirotschnik.

Er erläuterte, dass die Erklärung Timoschenkos von einer Verschärfung des Wahlkampfes in der Ukraine zeugt und zeigt, dass die Kandidaten „alle Methoden zur Erreichung ihrer Ziele“ nutzen werden.

„In Kiew ist trotz allem zu bemerken, dass der derzeitige Krieg mit Toten und Zerstörungen schon vier Jahre dauert und im Kreis solcher Personen wie Poroschenko und Timoschenko ist der Krieg nur ein Instrument, um die Macht zu erlangen, und das Bedauern über Tote und Verletzte ist offene Heuchelei“, sagte der Vertreter der LVR.

Ukrinform.ua: Präsident Poroschenko unterschreibt Dekret über Wiederbelebung der Tschernobyl-Gebiete.

Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat das Dekret über „Die zusätzlichen Maßnahmen zur Wiederbelebung der nach der Tschernobyl-Katastrophe radioaktiv belasteten Gebiete, zum Sozialschutz der Opfer und zum sicheren Umgang mit radioaktiven Abfällen“ unterzeichnet. Wie die Pressestelle des Staatschefs am Donnerstag mitteilte, wurde das Dekret nach Ergebnissen einer Beratung mit Teilnahme des Präsidenten am 26. April auf dem Gelände des Atomkraftwerks Tschernobyl vorbereitet. Gemäß dem Dokument sollte die Regierung der Ukraine Bedingungen für die Entwicklung und Wiederbelebung der Tschernobyl-Gebiete im Rahmen des gegründeten Biosphärenreservats Tschernobyl schaffen. Die Regierung sollte auch die Zweckmäßigkeit der weiteren Einschränkungen und Verbote für verschiedene Tätigkeiten in diesen Gebieten überprüfen.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_07/thumb_files/630_360_1501346902-9629.jpg

de.sputniknews.com: Nun offiziell: EU verlängert antirussische Wirtschaftssanktionen. Der Rat der Europäischen Union hat am Donnerstag die Entscheidung getroffen, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis zum 31. Januar 2019 zu verlängern. Das teilte der Rat auf seiner offiziellen Webseite mit.

„Diese Entscheidung folgt dem Bericht des Präsidenten (Emmanuel – Anm. d. Red.) Macron und der Kanzlerin (Angela – Anm. d. Red.) Merkel über den Zustand der Erfüllung der Minsker Abkommen, mit denen die Sanktionen verbunden sind“, hieß es.

Am Mittwoch bestätigte ein Beamter einer EU-Institution, der anonym bleiben wollte, gegenüber Sputnik, dass die Staats- und Regierungschefs sich beim EU-Gipfel Ende Juni in Brüssel auf die Verlängerung der Russland-Sanktionen geeinigt hätten. Am Montag soll die Entscheidung in der offiziellen Zeitschrift der EU veröffentlicht werden, worauf sie in Kraft treten soll.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten hatten sich nach dem Umsturz in der Ukraine 2014 verschlechtert. Nach dem Beitritt der Krim zu Russland verhängten die USA und die EU politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland.

Moskau konterte mit einem Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmitteln aus den Ländern, die zuvor Sanktionen gegen Russland verhängt hatten, und nahm Kurs auf Importersatz.

Dan-news.info: „Wir betreiben ständig ein Monitoring der Tarife für kommunale Dienste in der Ukraine, vergleichen sie mit den Tarifen in der DVR. Auf dem Territorium des Donbass, der zeitweise von der Ukraine kontrolliert wird, sind die Tarife für Heizung zwei- bis fünfmal so hoch wie bei uns in der Republik. Die Gas- und Strompreise sind 5-mal so hoch, Wasser und Kanalisation viermal so hoch“, teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit.

Er erläuterte, dass zum Vergleich der Preise für Schlüsselpositionen der kommunalen Dienstleistungen in der DVR und auf dem von Kiew kontrolliertem Territorium Daten aus Slawjansk, Mariupol und Konstantinowka herangezogen werden. Die Situation in der Ukraine ist vergleichbar. Dennoch wird in Kiew für Wasser und Gas weniger bezahlt als das die Einwohner der genannten Städte des Donbass tun müssen.

Das Ministerium erinnerte daran, dass die Tarifpolitik der DVR ihrerseits auf einen Schutz der Interessen der Bevölkerung gerichtet ist. In der nächsten Zeit ist eine Erhöhung der kommunalen Tarife nicht vorgesehen.

de.sputniknews.com: Syrische Armee rückt an jordanischer Grenze vor.

Die syrische Armee rückt in die Provinz Deraa an der Grenze zu Jordanien ein. Die Truppen sollen sich in der Grenzzone festgesetzt haben.

Die syrischen Grenztruppen haben Technik im Gebiet zwischen der Verwaltungsgrenze der Provinz Suweida und der Siedlung As-Summakijat zusammengezogen.

Die Operation der syrischen Armee im Grenzgebiet wurde dank den erfolgreichen Verhandlungen Russlands mit illegalen kriminellen Gruppen möglich. Diese sollen früher das Grenzgebiet kontrolliert haben.

Die Vorauskommandos der syrischen Armee kämpfen derzeit gegen Dschabhat an-Nusra in der Stadt Saida, die als eine der wichtigsten Hochburgen der radikalen Milizen im Osten der Provinz gilt.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/31747/16/317471660.jpg>

Dan-news.info: Der gesellschaftliche Stab für die frontnahen Gebiete der DVR hat heute den Einwohnern von Michajlowka am Rand des frontnahen Gorlowka eine Wasserpumpe übergeben, um die zentrale Wasserversorgung wieder in Betrieb zu nehmen. In dem Dorf haben wegen eines Defekts der Pumpe 57 Häuser keine zentrale Wasserversorgung. Sie ist bereits zwei zweieinhalb Monaten ausgefallen und die Menschen mussten Wasser aus Bohrlöchern nutzen. Heute wurde dieses Problem gelöst. Außerdem übergab der Stab Gegenstände des medizinischen Bedarfs an 58 Kranke im Niktowskij-Bezirk von Gorlowka.

de.sputniknews.com: „Tief besorgt“: Kreml kommentiert wiederholte Vergiftungsfälle in Großbritannien.

Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, hat den Vergiftungsfall in der englischen Stadt Amesbury nahe Salisbury vor der Presse kommentiert. „Diese Nachrichten sind sehr beunruhigend. Zweifellos erregen sie eine tiefe Besorgnis, besonders, weil sich ein solcher Vorfall nicht zum ersten Mal in Großbritannien abspielt“, so der Kreml-Sprecher.

Moskau sei besorgt, dass es in Europa wiederholt zur Anwendung gefährlicher Substanzen komme. Russland habe keine Informationen, welcher Stoff eingesetzt wurde und auf welche Weise es geschah. Man waise weiterhin entschieden weiter „jegliche Möglichkeit einer Beteiligung daran, was dort passiert“ sei, zurück.

„Die britische Seite hat keine auch minimal überzeugenden Beweise für Russlands Beteiligung an diesem Vorfall geliefert“.

Am Donnerstag verlangte Ben Wallace, britischer Staatsminister für Sicherheit, von Russland, Informationen zum Vorfall von Salisbury bereitzustellen, bei dem Anfang März der Ex-Spion Sergej Skripal und seine Tochter vergiftet worden waren. Er „wartet auf einen Anruf aus Russland“. Peskow hingegen erinnerte daran, dass Moskau Großbritannien von Anfang an eine gemeinsame Ermittlung vorgeschlagen habe. Dieser Vorschlag sei jedoch ohne Antwort geblieben. „Der Minister weiß sehr gut, dass Russland seit langem, wie ich gesagt habe, eine gemeinsame Ermittlung vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag steht auf der Agenda. Er wurde längst geäußert. Leider zeigt die britische Seite kein Interesse daran“, kommentierte Peskow Wallaces Worte.

Auch im Fall der Vergiftung von Amesbury wisse der Kreml von keinen Bitten britischer Behörden um die Hilfe bei der Ermittlung. London habe weder im Zusammenhang mit dem Fall von Salisbury noch mit dem von Amesbury „konkrete mit der Ermittlung verbundene Fragen“ an Moskau gestellt.

Dem Kreml tue es leid, dass sich zwei Menschen nach der jüngsten Vergiftung Medienberichten zufolge in einem schweren Zustand befinden. „Wir wünschen ihnen gute Besserung“, schloss der Sprecher des russischen Präsidenten.

Am Mittwochmorgen hatte die Polizei in der Stadt Amesbury nahe Salisbury einen „ernsthaften Vorfall“ mitgeteilt. Zwei Menschen sollen am 30. Juni „unter dem Einfluss einer unbekanntes Substanz“ in kritischem Zustand ins Krankenhaus gebracht worden sein. Nach Angaben des Leiters der Antiterrorabteilung, Neil Basu, seien ein 45-jähriger Mann und eine 44-jährige Frau aus Amesbury mit „Nowitschok“ vergiftet worden. Wie genau sich dies ereignet habe, sei im Moment jedoch nicht bekannt.

Im März 2017 waren in Salisbury der Ex-Agent des russischen Militärgeheimdienstes GRU und Überläufer Sergej Skripal und seine Tochter Julia vergiftet worden. Die britische Polizei bat um den Verzicht auf Spekulationen, ob der Fall von Amesbury eine direkte Verbindung zu der Vergiftung der Skripals hat. Im Moment gebe es dafür keine konkreten Hinweise.

abends:

de.sputniknews.com: Kiews „idealer“ Plan zur Rückeroberung des Donbass: „Moskau besetzen“

Donbass wäre die Einnahme Moskaus durch die Kiewer Truppen. Das sagte Iwan Wartschenko, Berater des ukrainischen Innenministers Arsen Awakow, am Donnerstag in Kiew.

Allerdings gab er zu, dass die Variante kaum realistisch ist. „Es gibt nur zwei ideale Szenarien für den Osten der Ukraine. Erstens: Russland gibt die Krim und den Donbass freiwillig zurück und zahlt alle Entschädigungen. Zweitens: Starke ukrainische Soldaten besetzen Moskau“, wurde Wartschenko vom Innenministerium zitiert.

Natürlich wären solche Szenarien wünschenswert. Aber die Ukraine sei sich darüber im Klaren, dass die Sachlage realistisch betrachtet werden sollte und diese „glänzenden Szenarien“ mit realem Leben nichts zu tun hätten, sagte Wartschenko.

Der Berater besucht derzeit diverse Regionen der Ukraine und stellt den von seinem Chef Awakow konzipierten Plan zur Wiederherstellung der Kontrolle über den Donbass vor. Demnach nehmen UN-Blauhelme und ukrainische Grenztruppen das Territorium entlang der Trennlinie unter Kontrolle und holen den gesamten Donbass schrittweise zurück.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31444/03/314440302.jpg>

de.sputniknews.com: US-Invasion? Venezuela ist wirklich in Gefahr – Experte
Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat die Streitkräfte seines Landes aufgerufen, sich auf die mögliche US-Aggression gefasst zu machen.

„Wir dürfen uns für keine einzige Sekunde entspannen, denn wir werden das größte Recht verteidigen, das unsere Heimat in ihrer ganzen Geschichte bekommen hatte“, sagte Maduro in seiner Ansprache an seine Militärs.

Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Associated Press unter Berufung auf eine Quelle in der US-Administration berichtet, dass Trump im August 2017 seine Assistenten beauftragt habe, Möglichkeiten für die Invasion nach Venezuela zu erwägen.

Maduro zufolge bestätigen die jüngsten Medienberichte, dass er Recht hatte, als er behauptete, Washington würde eine militärische Einmischung in die Situation in Venezuela planen, um dessen riesige Ölvorräte unter seine Kontrolle zu bringen. „Ob das eine Koinzidenz ist? Das ist keine Koinzidenz“, zitierte der Sender Televisa den venezolanischen Staatschef.

Der Generaldirektor des russischen Lateinamerikanischen Zentrums „Hugo Chavez“, Jegor Lidowskoi, zeigte sich in einem Interview für Sputnik überzeugt, dass dieses Land nur eine Möglichkeit hat, unabhängig zu bleiben.

„Maduros Erklärung ist sehr richtig: Venezuela sollte zur Invasion bereit sein. Wir wissen ja, wie das in der modernen Welt passiert: Falls sich die USA etwas nicht gefallen lassen, scheuen sie sich nicht, in jedes Land einzufallen, in dem sie eingreifen wollen“, betonte er. „Wir kennen das am Beispiel Libyens, wo Muammar al-Ghaddafi, der den USA nicht gefiel, aber für sein eigenes Volk gut war, getötet wurde. Man hat ihn schlechtgeredet – und vernichtet.“

Auch in anderen Ländern sei so etwas vorgekommen, fuhr der Politologe fort. „Natürlich schwebt Venezuela in Gefahr, denn dieses Land ist in Lateinamerika am meisten gefährlich für die USA – es verfügt über eine sehr gute und starke Armee. Dieses Land kann man nicht auf politischem Wege vernichten, und deshalb wäre der einzige Weg für die USA, dort militärisch einzugreifen. Und für die Venezolaner besteht die einzige Möglichkeit, ihre Unabhängigkeit und ihren Entwicklungsweg zu verteidigen, tatsächlich in der Festigung ihrer Armee, in der Mobilmachung der Streitkräfte, damit diese bereit sind, jegliche Gefahr abzuwehren“, ergänzte Jegor Lidowskoi.

de.sputniknews.com: Russischer Staat greift immer tiefer in die Tasche heimischer Ölkonzerne.

Der russische Staat greift immer tiefer in die Tasche heimischer Ölkonzerne. Das Parlament in Moskau verabschiedete in dritter und endgültiger Lesung ein Gesetz, mit dem Übergewinne mit einer 50-prozentigen Steuer belegt werden.

Im Unterschied zur gültigen Fördersteuer werden laut neuem Gesetz nicht die geförderten Ölmengen, sondern die Umsatzerlöse besteuert, bereinigt durch die Transportkosten, die Fördersteuer und sonstige Pflichtzahlungen. Dabei werden Konzerne, die die Übergewinnsteuer zahlen, einen niedrigeren Fördersteuersatz haben.

Die Übergewinnsteuer gilt für Lagerstätten von vier Kategorien. Es geht um neue Felder in Ostsibirien, deren Reserven höchstens zu fünf Prozent abgebaut sind, um Felder, für die vergünstigte Ausfuhrzölle gelten, um Felder in Westsibirien, deren Reserven zu zehn bis 80 Prozent ausgeschöpft sind, sowie um neue Vorkommen in Westsibirien, deren Reserven zu weniger als fünf Prozent abgebaut sind.

Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2019 in Kraft. Nach Angaben von Energieminister Alexander Nowak wird die teilweise Ersetzung der Fördersteuer und der Ausfuhrzölle durch die Übergewinnsteuer die Einnahmen in den ersten zwei Jahren um bis zu drei Milliarden Rubel verringern.

„Dabei wird die Umstellung auf die Übergewinnsteuer es den Konzernen ermöglichen, bis zu 0,5 Billionen Rubel für Investitionen auszugeben. Dadurch dürfte die Ölgewinnung um rund 100 Millionen Tonnen steigen und der Haushalt 2019-2035 um rund eine Billion Rubel wachsen“, hatte Nowak früher mitgeteilt.

Das Gesetz sieht ferner eine höhere Fördersteuer für den Gaskonzern Gazprom vor. Auf diese Weise will der Staat Verluste infolge niedriger Gazprom-Dividenden für 2017 ausgleichen. Zudem wird die Akzise auf Benzin um 3.000 Rubel/Tonne und auf Dieselkraftstoff um 2.000 Rubel/Tonne gesenkt. Dieser Schritt soll die im Frühjahr drastisch gestiegenen Treibstoffpreise stabilisieren. Zuvor war eine Erhöhung der Akzise um 700 Rubel/Tonne geplant gewesen.